

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister. - Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben im Ältestenrat vereinbart, unmittelbar nach den Einbringungsreden die Aussprache zu eröffnen.

Ich erteile für die SPD-Fraktion der Vorsitzenden Frau Hannelore Kraft das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war schon ein merkwürdiger Duktus, der diesen beiden Reden, die wir gerade gehört haben, anhaftete: Der Finanzminister zieht Bilanz und hält seine Abschiedsrede, und der Innenminister hält eine Abwicklungsrede. Feurige Haushaltsreden in diesem Hause haben schon einmal anders ausgesehen, meine Herren!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ja, wir sind in Wahlkampfzeiten. Da geht es um politische Auseinandersetzungen. In Wahlkampfzeiten, wenn die Menschen sensibler sind, sollten wir die Chance nutzen, deutlicher zu machen, für was wir stehen.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Die CDU versucht hingegen, sich wegzuducken. Da ist statt politischer Debatte Personenkult angesagt und nicht klare Kante. Wir haben heute hier in der Haushaltsdebatte die Gelegenheit, miteinander darüber zu reden, was unsere politischen Inhalte und die Themen sind.

Ich bin sehr gespannt, was der Ministerpräsident gleich noch beiträgt, beklagen doch gerade Sie, Herr Ministerpräsident, die fehlenden Inhalte. Sie haben heute die Chance, Ihre Inhalte darzustellen.

Ich kenne aus den letzten Monaten von Ihnen eigentlich nur zwei wesentliche Positionen, die Sie bezogen haben.

Eine Position war Ihr Einsatz für die Mindestrente. Allerdings: So, wie Sie sie propagieren, hat die Kanzlerin sie aus ihrem Wahlprogramm herausgestrichen, Herr Ministerpräsident.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hat sie schon öfters gemacht!)

Daraus ist nichts geworden. Das müssen wir heute einmal festhalten. Sie haben sich nicht durchsetzen können. Das ist Fakt!

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Rainer Schmeltzer [SPD]: Er hat sich wieder nicht durchsetzen können!)

Ihr zweites Thema ist das Schonvermögen. Hierzu haben wir beide etwas in unserem Wahlprogramm stehen. Wir wollten das noch vor der Wahl umsetzen. Olaf Scholz hat dazu gestern einen Gesetzentwurf vorgelegt.

(Helmut Stahl [CDU]: Gestern?)

Ihre Parteifreundinnen und -freunde haben dem nicht zugestimmt. Sie hätten es gestern machen können. Sie hätten es mit uns noch über die Bühne bringen können. Mit der FDP wird das nicht gelingen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ja, Sie können sich nicht durchsetzen. Wir haben das ja schon bei den Jobcentern und anderen Themen erlebt.

Meine Damen und Herren, es sind nur wenige politische Inhalte zu erkennen, auch gerade in den Reden. Da lohnt doch einmal der Blick auf Folgendes: Sie sagen immer, Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen solle Blaupause für Berlin sein.

Wenden wir doch einmal den Blick auf Nordrhein-Westfalen und sorgen einmal für ein bisschen mehr Klarheit. Was stand im Mittelpunkt zu Beginn der schwarz-gelben Regierungszeit? - Drastischer Sozialabbau, Kürzen bei den Kurzen, Kahlschlag im sozialen Netz, bei den Arbeitslosenzentren, den Frauenhäusern. Hiermit machen Sie in diesem Haushalt weiter.

Als Beispiel nenne ich die Kürzung der Schülerfahrtkosten von 130 Millionen € auf 98,5 Millionen €. Wissen Sie, was Sie damit im ländlichen Raum anrichten? Wissen Sie das?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann sollten Sie sich einmal schlau machen, wenn Sie das nicht wissen.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Schwarz-Gelb in NRW: „Privat vor Staat“ ohne Rücksicht auf Verluste. Was haben wir dort alles miterlebt? - Die Stadtwerke, die Mieter - gegen all diese wurde vorgegangen, von § 107 GO, über die LEG bis zum Bofrost-Wald. Bei der Sparkasse haben wir gemeinsam mit den Kommunen noch Schlimmstes verhindern können.

Jetzt kommt der Angriff auf das Landeswohnungsbauvermögen. Ich sage Ihnen eines: Wenn diese Blaupause des Sozialabbaus in Deutschland käme, dann würde Deutschland etwas blühen. Das werden wir verhindern, meine Damen und Herren!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Richtung wollen Sie ja beibehalten - zumindest die FDP sagt klipp und klar, was Sie wollen; das muss ich ihr zugute halten -: Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Ich sage heute noch einmal: Sie haben doch den Knall nicht gehört! Schauen Sie einmal in die USA, was passiert, wenn man das alles auf private Basis stellt. Das können Sie doch den Menschen in Deutschland nicht zumuten!

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Christian Lindner [FDP]: Quatsch!)

Aber auch hier duckt sich die CDU schön weg. Ich habe gelesen, Herr Ministerpräsident, dass Sie neuerdings nicht mehr für die Kopfpauschale sind. Das kommt im Wahlkampf nicht so gut an, kam schon 2005 nicht so gut. Aber was kommt denn stattdessen? - Da habe ich von Ihnen noch gar nichts gehört. Was ist denn Ihre Position, wie es da weitergehen soll? Oder sind Sie jetzt mit uns der Meinung, dass es eine Bürgerversicherung geben sollte?

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Für uns ist klar - klare Kante SPD -: Wir sind für eine solidarische Gesellschaft, in der die Starken die Schwachen mittragen. Das ist das Modell unserer Gesellschaftsordnung in Deutschland.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Blaupause Nordrhein-Westfalen: Was würde das denn für nordrhein-westfälische und bundesdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeuten? Was haben wir denn hier erlebt? - Aufhebung Tariftreuegesetz, Rasieren der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, und was ist auf Bundesebene geplant? - Auch dort bezieht die FDP klar Stellung, bei der CDU muss man im Guttenberg-Papier nachlesen, das inhaltlich ganz eng mit dem im Zusammenhang steht, was Sie damals in Leipzig auf dem Parteitag beschlossen haben und was in Ihrem Grundsatzprogramm steht. So weit weg ist das also nicht. Sie sollten es nicht so zuschütten, denn Sie wollen es ja wieder rausholen, wenn Sie mit der FDP regieren.

Darin steht die ganze Giftliste: keine Mindestlöhne - selbst die, die wir mit Ihnen schon mühsam erkämpft haben, wollen Sie wieder abschaffen -, massive Ausweitung des Niedriglohnssektors, mehr Leih- und Zeitarbeit, mehr prekäre Beschäftigung und Abbau beim Kündigungsschutz. Schwarz-Gelb im Bund heißt: Beschneiden der Arbeitnehmerrechte.

Wir sagen klar: Das ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen mehr Sicherheit und gute Arbeit!

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Christian Lindner [FDP]: Sie haben die falsche Rede!)

- Nee, nee, warten Sie einmal ab. Ich habe keine falsche Rede. Sie können das nur nicht ertragen. Das ist Ihr Problem.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

(Ralf Jäger [SPD]: Das Ihnen das nicht gefällt, ist doch klar!)

Ich mache mir Sorgen um dieses Land. Das haben Sie nicht drauf. Reden Sie doch einmal mit den jungen Menschen. Wissen Sie, dass nur noch 66 % in Nordrhein-Westfalen in einem - wenn Sie so wollen - „normalen“ Arbeitsverhältnis - nicht prekär - stehen? Wissen Sie das? Und wissen Sie, dass die Ausweitung der Leih- und Zeitarbeit nach der Krise weitergehen wird? Die IG Metall schätzt dies auf insgesamt 2 Millionen. Wissen Sie, dass 185.000 Haushalte in NRW Aufstockerhaushalte sind, in denen man sich wegen der niedrigen Löhne noch zusätzlich Geld vom Amt holen muss?

Wissen Sie das? - Nein, Sie wissen das nicht. Das ist nicht Ihre Lebenswirklichkeit, und das ist Ihr Problem, mein Lieber. Das ist Ihr Problem.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mir macht das Sorgen. Mir macht der Niedriglohnsektor Sorgen. Reden wir jetzt einmal über die Jobs unter 5 € pro Stunde. Nach einer Studie des IHQ sind 17,7 % im Gesundheitswesen, 16,8 % im Einzelhandel und 10,7 % in der Leiharbeit im Niedriglohnsektor tätig.

(Christian Lindner [FDP]: Minijobs sind das!)

Ja, meine Damen und Herren, das sind die Menschen, die Frauen, die in diesem Land diese Gesellschaft als Leistungsträger tragen, und die haben einen besseren Lohn verdient. Dabei bleibt es!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Blaupause Innenpolitik: Das ist auch hochinteressant. Hier ist Schwarz-Gelb jetzt offensichtlich völlig handlungsunfähig geworden. Innere Sicherheit, Bürokratieabbau: Das waren einmal zentrale Themen von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Wo stehen wir denn da? Das war doch einmal Ihr Markenkern. So haben Sie das bezeichnet. Diese zentralen Themen versanden und enden im Koalitionsstreit.

Die Blockade im Polizeigesetz: Herr Stahl sagt - WDR, 17. August -: Das, was vorgelegt wird, ist nicht zustimmungsfähig. Herr Biesenbach sagt - WDR, 8. September -: Wolf will Polizei zahlos lassen. Herr Papke sagt - 3. September, „Kölner Stadt-Anzeiger“ -: Bisher ist es gute Sitte, miteinander zu sprechen statt Depeschenwechsel für die Galerie.

Meine Damen und Herren, Sie kommen dort nicht weiter. Ganz im Gegenteil: Sie kürzen auch noch die Stellen bei der Polizei.

(Zurufe von der CDU: Was? - Helmut Stahl [CDU]: Quatsch!)

Auch das ist in diesem Haushalt wieder einmal angelegt mit minus 350 Stellen. Schauen Sie hinein, Herr Stahl - das lohnt sich -: minus 350 Stellen, minus 290 Stellen in der Justiz. Ihre Regierung steht blank da.

Wir sagen: Klare Kante. Unser Entwurf für das Polizeigesetz liegt vor. Er ist rechtsstaatlich einwandfrei. Ihre Regierung kann es nicht. Das haben wir auch in diesem Feld gesehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zoff erleben wir auch - das ist eine schwarz-gelbe Blaupause - beim Landesplanungsrecht, Frau Ministerin Thoben. Die Landesregierung will die gute Erfahrung aus OWL offensichtlich nicht auf das Land übertragen. Ja, da ist Stillstand, da ist Streit, da geht nichts voran.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Bei uns: Klare Kante. Wir wollen keine Rolle rückwärts. Wir haben das Modellprojekt Ost-westfalen-Lippe auf den Weg gebracht, und wir wollen, dass es im ganzen Land umgesetzt wird. Dort haben wir eine klare Position.

(Beifall von der SPD)

Aber ganz schlimm wird Ihr Modell Schwarz-Gelb in Bezug auf Kreise, Städte und Gemeinden. Herr Innenminister - ich weiß nicht, wo er geblieben ist -, es ist schon eine Verhöhnung, wenn Sie hier in Ihrer Rede sagen: Die Städte und Gemeinden müssen mit Planungssicherheit klarkommen. - Wenn Planungssicherheit heißt, dass das Geld hinten und vorne nicht reicht, dann nützt denen auch Planungssicherheit nichts. Das ist Fakt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nein, das werden wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen. Dafür haben Sie die Quittung bei der Kommunalwahl schon bekommen. Sie haben die Städte und Gemeinden seitens der Landesregierung systematisch mit jährlich rund 500 Millionen € durch Einnahmeverluste und Mehrbelastungen ausgeplündert.

Ich kann Ihnen die Stichworte noch einmal nennen: Wegfall der Grunderwerbsteuer, Kürzung bei der frühkindlichen Bildung, Kürzung bei den Betriebskosten der Kindergärten, Unterdeckung im Landesjugendplan, Kürzung bei der Erstattung der Schülerbeförderung und - nicht zu vergessen - die Verdopplung des kommunalen Anteils an den Krankenhausinvestitionen. Das ist Ihre Liste.

Und auf die 500 Millionen € jährlich kommt noch etwas oben drauf. Das ist der Solidarpakt Ost. Jetzt liegt das Färber-Gutachten vor, und es beweist: Seit 2006 haben Sie den Kommunen, Herr Finanzminister, 1,8 Milliarden € zu viel abverlangt. Sie haben davon 650 Millionen € als Abschlag zurückgezahlt. Das macht 1,15 Milliarden €, die noch ausstehen. Und damit stehen Sie als Land bei den Kommunen in der Kreide!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und wenn man das aufsummiert, meine Damen und Herren, dann ist man bei 3,3 Milliarden €, die den Städten und Gemeinden in diesem Land fehlen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

3,3 Milliarden €, seit Sie hier regieren!

Ich liste Ihnen einmal auf, was das umgerechnet nach dem GFG-Schlüssel für einige Kommunen in unserem Land bedeutet, denn es ist durchaus interessant, sich ein paar Zahlen zu vergegenwärtigen:

Das bedeutet für Köln 254 Millionen €, für Dortmund 153 Millionen € und für Essen 148 Millionen €. Sie sollten sich über Haushaltslöcher nicht wundern, meine Damen und Herren von der Regierung! Das sind Ihre Löcher, die da produziert werden!

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Rainer Schmeltzer [SPD]: Löcher sind immer schwarz!)

Und dieses Geld fehlt bitterlich. Dieses Geld fehlt für Investitionen, fehlt, um Anreize für die örtliche Wirtschaft zu geben. Dieses Geld fehlt aber insbesondere - und das ist sehr bitter - für Bildung und Betreuung vor Ort.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Fazit für mich: Die Blaupause Schwarz-Gelb heißt finanzieller Ruin der Kommunen.

Wir sagen ganz klar: Wir wollen einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Man darf die Kommune nicht im Regen stehen lassen; sie müssen wieder atmen können. Das ist die Politik der SPD, die wir dagegensetzen.

(Beifall von der SPD)

Mit CDU und FDP im Bund wird das alles nur noch schlimmer. Auch das müssen wir den Menschen sagen. Die FDP, Herr Prof. Pinkwart, möchte die Gewerbesteuer abschaffen. Das führt die Kommunen in den Bankrott.

(Zurufe von der FDP: Ersetzen! - Rainer Schmeltzer [SPD]: Am besten wäre es, wenn die FDP ersetzt würde!)

- Ach ja: Natürlich, Sie sagen „ersetzen“. Dann rechnen Sie doch einmal aus, wie viel weniger das für die Kommunen bedeutet, die ich genannt habe! Sagen Sie das doch denjenigen, die dort leben.

Hinzu kommen noch Ihre wahnwitzigen Steuersenkungspläne im Umfang von 20 Milliarden € bei der CDU und von 80 Milliarden € bei der FDP!

(Christian Lindner [FDP]: Wer rechnet das denn aus!)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister will die Schuldenbremse in die Verfassung setzen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie die Schuldenbremse in die Landesverfassung setzen und wir gleichzeitig alle wissen, dass das Land keine eigenen Steuereinnahmen in erklecklichem Umfang hat und diese auch nicht nach oben schrauben kann und Sie die Steuern und die Einnahmen senken wollen, dann erklären Sie den Menschen einmal, wie wir in der Bildung mit Siebenmeilenstiefeln vorangehen sollen. Das passt doch nicht zusammen, und das wissen die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mehr Geld für die Bildung wäre dringend erforderlich. Für uns ist das klar; wir haben das in jedem Haushalt gezeigt und werden es auch in diesem Haushalt zeigen, dass das geht, wenn man wirklich Schwerpunkte setzen will. Was haben Sie denn erzielt? - Blaupause für Berlin? Herr Ministerpräsident, NRW ist auf den vorletzten Platz im Länderranking zurückgefallen. Das hat Ihnen die Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ bescheinigt, und die ist nicht SPD-nah. Das ist Ihre Bilanz im Bildungsbereich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Hatten Sie 2005 nicht von „Aufbruch“ gesprochen? Aufbruch: mehr Kindergartenplätze, mehr Betreuungsplätze - ja.

Aber reden wir doch auch - Herr Minister Laschet ist auch nicht da - über Qualität von Betreuung. Für uns ist und bleibt klar: Bei KiBiz steht Bildung drauf, aber Bildung ist nicht drin. KiBiz ist und bleibt Mumpitz. Und das merken die Menschen auch in den Kindertageseinrichtungen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Was weh tut, sind doch die steigenden Gebühren in diesem Feld. Sie sind je nach Stadt unterschiedlich, je nach Finanzlage der Stadt. Darunter leiden dann diejenigen, die dort jeweils ihre Kinder großziehen.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, schauen Sie doch einmal nach Rheinland-Pfalz. Dort können Sie sich ansehen, wie eine solide Schwerpunktsetzung in diesem Bereich aussieht. Dort hat nämlich das Land die Kindergartengebühren abgeschafft. Und das ist gut so, und das ist der richtige Weg.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Blaupause im Bereich Schule?

(Karl Schultheis [SPD]: Das hat seinen Schwerpunkt in Transsilvanien!)

Schwerpunkt im Bereich Schule! Was haben Sie uns da nicht alles versprochen: Unterrichtsgarantie, Unterrichtsausfallsicherungsgesetz. Das ist Ihre Lehrerlüge, Herr Ministerpräsident. Und die lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihre Zahlen, Frau Ministerin Sommer, aus Ihrem Ministerium belegen, was wir schon lange wussten: An 3.200 Schulen fehlen rund 5.000 Lehrer. Das sind rund 5 Millionen Stunden an Unterrichtsausfall. Und darin ist der Ausfall durch Krankheit und andere Dinge noch gar nicht enthalten. 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall, Herr Ministerpräsident - kommt Ihnen die Zahl nicht irgendwie bekannt vor?

(Sören Link [SPD]: Dass Sie die Zahl nicht verstehen, ist klar!)

Sie schaffen neue Lehrerstellen. Der Finanzminister hat gerade wieder eine neue Zahl genannt: 7.874. Ja, Sie schaffen Stellen, Herr Finanzminister. Aber mein Problem als Mutter und das Problem der Mütter und Väter draußen im Lande ist: Stellen geben keinen Unterricht. Darauf sitzen keine Menschen. Das ist das Problem!

(Beifall von der SPD)

Stichwort Hochschule, Herr Minister Pinkwart!

Studiengebühren haben Sie eingeführt.

(Helmut Stahl [CDU]: Qualitätspakt!)

Und es passiert das, was wir vorhergesagt haben: Das Geld kommt in den Hochschulen häufig nicht da an, wo es hin soll. Die jungen Menschen werden abgeschreckt, und zwar nicht nur die aus sozial schwierigen Familien. Bis weit in die Mittelschicht hinein überlegt man sich, wie man eigentlich noch zwei, drei Kinder durchs Studium bringen soll.

Was setzen Sie dagegen? Sie sehen ja die Lücke, und Sie sehen, dass Sie damit politisch nicht durchkommen. Und dann kommen Sie auf die tolle Idee, ein Stipendienprogramm zu machen.

Klingt ja super! 1.500 Stipendien haben Sie im Haushalt, 2,7 Millionen € für 2010.

(Zuruf von der SPD: Wahnsinn!)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Kennen Sie eigentlich Ihre eigenen Zahlen? Sie haben 460.000 Studierende; 1.500 sind 0,3 %. Angeblich wollen Sie 10 % erreichen. Aber wenn Sie in die mittelfristige Finanzplanung schauen, dann sehen Sie, dass Ihr Haushalt in diesem Bereich nach unten geht und nicht nach oben. Das ist das Placebo, das ist die Mogelpackung, die Sie aufgemacht haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nein, das Fazit Blaupause im Bildungsbereich ist eindeutig: Ihr Modell steht für Stillstand, für Rückschritt und für soziale Auslese. Bei uns ist klar: Bildung wird nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen, und wir wollen Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zur Hochschule. Das ist und bleibt unsere zentrale Position.

(Beifall von der SPD)

Reden wir doch einmal über die Blaupause im Bereich der politischen Kultur und Demokratie. Selbst die politische Kultur und die Demokratie haben unter Ihrer Regierung Schaden genommen.

Erstes Beispiel ist der Umgang mit den Medien. Herr Ministerpräsident, keine Aufregung, ich meine jetzt nicht diese interessanten Netzwerke, die sich da konstruieren und die deutlich werden durch den Briefwechsel des Regierungssprechers mit dem „Focus“. Nein, ich meine den Entwurf zum neuen WDR-Gesetz. Da lese ich mit Erstaunen, dass die Landesregierung jetzt ganz offen in den Programmausschuss möchte. Reichen die Telefonate aus der Staatskanzlei nicht mehr aus? Wollen Sie jetzt direkt Einfluss auf das Programm nehmen? Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das steht da drin! Schauen Sie einmal hinein! - Nein, die Staatsferne des öffentlichen Rundfunks ist ein hohes Gut mit Verfassungsrang.

Oder nehmen wir das Feld Demokratie. Ich brauche nur Stichworte zu nennen. Bitte keine Blaupause, die Trickserie bei den Wahlterminen heißt, damit die Wahlbeteiligung sinkt und Sie hinterher am Wahlabend noch Krokodilstränen weinen. Das war doch wirklich eine Verhöhnung, was die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Monaten erlebt haben. Das ist doch wohl eindeutig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Oder nehmen wir die Abschaffung der Stichwahl. Schauen Sie einmal, mit welcher demokratischen Legitimation der Bürgermeister in Wülfrath jetzt aktiv ist.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Und in Dortmund?)

Oder schauen wir auf die Sperrklausel. Die Räte zersplittern immer weiter. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie wollen das genauso wenig wie wir. Sie hängen da am Gängelband der FDP. Lassen Sie uns gemeinsam eine moderate Sperrklausel machen, damit auch die NPD nicht mehr in die Räte einzieht.

(Zurufe von der CDU)

Das muss das Ziel des Ganzen sein!

(Beifall von der SPD)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Kraft, der Kollege Hegemann würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Hannelore Kraft (SPD): Das kann er hinterher machen; ich habe nicht mehr viel Redezeit.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU] - Gegenrufe von der SPD)

- Das geht jetzt aber nicht von meiner Redezeit ab, oder?

Ganz aktuell stellt sich allerdings die Frage, ob Ihre Äußerungen im Kommunalwahlkampf, Herr Ministerpräsident, eine Blaupause für eine verantwortliche Europa-, Außen- und Integrationspolitik sind. Herr Papke, Herr Minister Pinkwart, von Ihnen hätte ich unmissverständlichere Worte erwartet. Immerhin will ja Ihr Bundesvorsitzender lieber heute als morgen Außenminister werden. Oder ist Ihnen da das Koalitionshemd näher als der liberale Rock? Seien Sie ehrlich!

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, es wäre richtig gewesen, die Manager von Nokia zu kritisieren. Es ist immer richtig, den Fleiß und die Produktivität der nordrhein-westfälischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu loben.

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Aber das haben Sie nicht getan. Sie sind auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rumänien auf Stimmenfang gegangen. Das ist schäbig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schlimm ist, Herr Ministerpräsident, dass das kein Ausrutscher war, kein einmaliger Vorgang, sondern jetzt schon mindestens ein vierfacher, und kein Missverständnis. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Solche Art billiger Polemik ist der Nährboden für Fremdenfeindlichkeit in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Rainer Schmeltzer [SPD]: Wiederholungstäter!)

Ich sage Ihnen noch eines: Ich hätte von Ihnen persönlich nach der Geschichte mit „Kinder statt Inder“ damals mehr Sensibilität erwartet. Da waren Sie Oppositionschef. Heute sprechen Sie als Ministerpräsident im Namen des Landes Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist es besonders schlimm. Denn das Problem ist, dass Sie damit dem Land, aber auch der gesamten Bundesrepublik Deutschland und der Wirtschaft unseres Landes einen massiven Schaden zugefügt haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Letztes kann ich Ihnen nicht ersparen: Stellen Sie sich bitte nie wieder in eine Reihe mit Johannes Rau!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD - Beifall von den GRÜNEN - Thomas Stotko [SPD] und Annegret Krauskopf [SPD] erheben sich von Ihren Plätzen.)

Johannes Rau, meine Damen und Herren, stand für Versöhnen statt Spalten. Sie stehen für Verhöhnen und Spalten. Das ist der markante Unterschied.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Herrn Wüst und Herrn Laschet würde ich an dieser Stelle gerne sagen: Den Vorwurf an uns, wir hätten das Datenmaterial frisiert, verändert oder manipuliert, nehmen Sie bitte umgehend zurück. Verwechseln Sie nicht Ursache und Wirkung! Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, am schlimmsten an dieser ganzen Nummer war nicht die Reaktion von Herrn Wüst, die schon schlimm genug war. Oder das, was Herr Wichter dazu gesagt hat! Am schlimmsten war das, was Sie schriftlich geäußert haben und Entschuldigung nennen. Sie sprechen von einem Missverständnis. Ducken Sie sich hier und heute nicht weg! Erklären Sie sich hier und heute! Eine Entschuldigung, die diesen Namen verdient, ist das, was wir erwarten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was ist in Nordrhein-Westfalen zu tun? Wir sind alle viel unterwegs im Land. Wir spüren die Verunsicherung der Menschen. Wir alle spüren die großen Erwartungen an die Politik. Die Themen, die uns dabei begegnen, werden die gleichen sein: Arbeit, Bildung, Familie. - Den Menschen geht es um Sicherheit, um klare Perspektiven für sich und ihre Angehörigen. Sie erwarten, dass wir uns aktiv dafür einsetzen.

Ihre Politik und auch Ihr Haushalt erfüllen diese Erwartungen nicht: Sie geben keine Antworten auf den wachsenden Druck in den Familien. Sie haben kein Rezept für beste Bildung. Sie haben das Ziel Vollbeschäftigung aufgegeben, und Sie kämpfen mit dieser FDP schon gar nicht für gute Arbeit. Herr Ministerpräsident, Sie stehen nur noch für verwalten statt gestalten. Das ist in den Haushaltsreden heute auch deutlich geworden.

(Beifall von der SPD und GRÜNEN)

Wir wollen und müssen mehr für Familien tun. Der Druck muss gerade bei den jungen Familien heraus; die brauchen die Sicherheit und Perspektive. Es geht nicht darum, dass Unternehmen immer nur mehr Flexibilität einfordern können. Nein, mit Praktika, mit Zeitverträgen, Zeitarbeit und Minijobs kommen wir in diesem Land nicht voran, weil es häufig junge Menschen und junge Frauen betrifft. Von denen brauchen wir dringend mehr Kinder. An der Stelle läuft Politik auseinander. Wir müssen alles dafür tun, dass es dort wieder zusammengeht. Sicherheit für die jungen Menschen in diesem Land ist das wichtigste Thema!

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir müssen endlich vorankommen. Dazu gibt es viele Glaubensbekenntnisse aus den unterschiedlichsten Parteien, wenn auch mit unterschiedlicher Ausrichtung. Wir müssen endlich gegen die Benachteiligung von Frauen weiter vorankommen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - wir werden das zu einem einklagbaren Recht machen. Das muss endlich Realität werden. Dass Frauen 23 % weniger verdienen als Männer bei gleicher Arbeit, ist ein Skandal, mit dem in Deutschland Schluss sein muss. Das ist ein wesentlicher Punkt.

(Beifall von der SPD)

Wir werden auch das Steuersystem anpacken, allerdings anders als Sie von der FDP: Wir werden die Steuerklasse 5 anpacken. Wissen Sie, dass in dieser Steuerklasse 90 % Frauen sind?

(Ministerin Christa Thoben: Das liegt an den Männern!)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

- Das liegt an den Männern, klar! - Diese Frauen bekommen weniger Netto vom Brutto.

(Lebhafte Zurufe von Christian Lindner [FDP])

Der Druck, zu Hause zu bleiben, steigt. Und das ist die Wurzel der Altersarmut. Herr Sozialminister, was tun Sie an dieser Stelle? Wir gehen an die harten Themen heran. Sie machen in diesem Feld gar nichts, absolut gar nichts.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben ganz offensichtlich nicht mehr die Kraft, das Land voranzubringen. Ihr Rest-Regierungsprogramm, das Sie bei Ihrer Pressekonferenz nach der Sommerpause veröffentlicht haben, spricht Bände. Wir brauchten 3 % mehr Wachstum, haben Sie gesagt, um den Wohlstand zu halten, öffentliche Finanzen stabil zu halten. - Aber wie? Neue Vorschläge, neue Ideen, konkrete Maßnahmen sind Fehlanzeige. Stattdessen gibt es eine Krisenbewältigung durch eine Politik des „Weiter so“.

Nein, wir als SPD haben in der Krise die Konjunkturpakete aufgelegt, die Abwrackprämie gegen Widerstand durchgesetzt, das Kurzarbeitergeld eingeführt. Wir haben einen Deutschlandplan vorgelegt sowie einen NRW-Pakt 2009. Wir sagen, wie es mit den städtischen Finanzen in einem Zukunftspakt Stadtfinanzen geht. Von Ihnen? Absolute Fehlanzeige!

Die Wirtschaft soll es richten, sagen Sie. Eine Erneuerung, die Sie propagiert haben, ist in Wahrheit nur noch Stillstand. Sie setzen offensichtlich wieder auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft und des Marktes. Das passt in das Gesamtbild hinein. An die Boni der Manager wollen Sie nur in den Überschriften ran.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Genau!)

Was ist denn mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Gehältern, Boni und Abfindungen? - Wir wollen sie durchsetzen; Sie machen da nicht mit. Das ist die Politik der CDU: Überschriften, bei denen nichts hinterherkommt.

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Herr Ministerpräsident, was ist eigentlich mit den Boni-Zahlungen bei der WestLB?

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist spannend!)

Gibt es da schon etwas Neues? Haben wir schon eine Regelung? Bei uns ist noch nichts angekommen. Ja, das dauert immer ein bisschen länger, Herr Kollege Stahl.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2010 ist Beweis Ihrer Untätigkeit in der Wirtschaftspolitik. Der Etat von Frau Thoben sinkt Jahr für Jahr, auch diesmal. Die Kohlesubventionen sind seit 2006 um rund 83 Millionen € zurückgegangen. Das Geld ist nicht, wie versprochen, in die Wirtschaft gegangen, sondern in die Taschen des Finanzministers.

(Minister Dr. Helmut Linssen: In den Kindergarten!)

Mehr noch: Von 2006 bis 2010 wurden die Landesmittel für Wirtschaftsförderung um 44 % auf 66 Millionen € gekürzt. Der Eigenanteil des Landes in der Wirtschaftsförderung betrug 2006 noch 45 %, heute lediglich 25 %. Das heißt: Drei Viertel dessen, was unter der Überschrift „Wirtschaftspolitik des Landes“ läuft, wird von Europa und dem Bund finanziert.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Das passt zu dem, was wir als Gesamtbild sehen: Abschied vom Ziel der Vollbeschäftigung, Abschied von der Gestaltungsfähigkeit. - Wie haben Sie so schön gesagt, Herr Ministerpräsident: „Politik schafft keine Arbeitsplätze!“? - Richtig, aber Politik muss Rahmenbedingungen setzen und Anreize schaffen. 2005 klang das bei Ihnen übrigens noch völlig anders. Alleine schon die Psychologie, die dadurch ausgelöst werden sollte, dass Sie gemeinsam regieren, sollte die Probleme des Landes lösen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das war auch so!)

- Das war auch so? Das haben wir gesehen.

Sie beschworen die Macht der Psychologie. Am 5. März haben Sie auf dem CDU-Landesparteitag in Bochum erklärt - ich zitiere -:

Bei den Flughäfen, bei den Hochschulen, im Gesundheitssektor, bei den Privathaushalten und im Minijobbereich liegt ein enormes Beschäftigungspotenzial von mehr als einer Millionen Arbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren. Ich traue mir das zu!

Heute wollen Sie davon nichts mehr wissen. Heute trauen Sie sich offensichtlich gar nichts mehr zu. Das passt zu dem Duktus der Reden, die wir gehört haben.

(Beifall von der SPD)

Damals wollten Sie noch regieren, heute sind Sie offensichtlich regierungsmüde. Aber als Ministerpräsident tragen Sie die Verantwortung für dieses Land. „Verwalten statt gestalten“ reicht nicht für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Mit Sorge sehen wir die Entwicklung bei Opel; lassen Sie mich das einflechten. Offensichtlich wird in den USA intensiv über andere Lösungen als den Verkauf an Magna nachgedacht. Herr Ministerpräsident, wir haben Sie in dieser Frage von Anfang an unterstützt und werden das auch weiterhin tun. Es geht jetzt um drei Punkte, die erreicht werden müssen: Der Standort Bochum muss gesichert werden, es müssen so viele Arbeitsplätze wie möglich gehalten werden, und - ganz wichtig - es darf keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Das ist die Schlacht, die jetzt zu schlagen ist.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Haushalt: Der Finanzminister - ich dachte, ich verhöre mich - spricht in seiner Bilanz von konsequenter Konsolidierung und einer deutlichen Verbesserung der Lage. Zugleich schraubt er die Verschuldung des Landes auf den neuen absoluten Rekordwert von 129,1 Milliarden € hoch. Das ist die Wahrheit, die der Finanzminister heute verschwiegen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Die Nettoneuverschuldung bleibt doch nur durch einen Trick minimal unter dem bisherigen Höchstwert. Zur Haushaltswahrheit, Herr Minister, gehört auch: Sie müssen die 1,15 Milliarden €, die Sie den Kommunen beim Aufbau Ost zu viel abgeknöpft haben, so schnell wie möglich zurückzahlen. Ehrlich wäre es gewesen, wenn Sie das in diesem Haushalt getan hätten.

(Beifall von der SPD)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Das wollten Sie aber nicht, damit Sie nicht mit einer höheren Neuverschuldung als wir in den Wahlkampf gehen müssen. Das ist Trickserie in Ihrem Haushalt, Herr Finanzminister.

(Beifall von der SPD)

1,15 Milliarden € gehen auf Ihr Konto, und deshalb beträgt die Neuverschuldung im nächsten Jahr tatsächlich 7,75 Milliarden €

(Lachen von Helmut Stahl [CDU])

Bei uns waren es - ich erinnere daran - 6,724 Milliarden €. Das ist der neue absolute Spitzenwert. In Wahrheit sind Sie der Schuldenmacher Nummer eins.

(Helmut Stahl [CDU]: Unglaublich!)

Eines gehört heute auch auf den Tisch: die Lage bei der WestLB. Dort hat das Land 5 Milliarden € im Risiko und durch den Nachtrag noch einmal 4 Milliarden €. Das sind 9 Milliarden € - 17 % - im Risiko bei einem Gesamthaushalt von 53,1 Milliarden €. Dann habe ich gelesen, dass der Chef der WestLB jetzt auch noch das Eigenkapital aufstocken will. Das ist die Wahrheit über Ihre Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Steuereinnahmen drastisch zurückgegangen. Jede Regierung müsste jetzt Schulden machen. Entscheidend ist aber, was mit dem Geld geschieht. Versickert es im Haushalt, oder gestaltet man damit Politik für die Menschen in diesem Land? Geht es in die Bildung, in die Innovation? Was wird für Arbeitsplätze getan? Dann kann man neue Schulden vertreten, auch und gerade gegenüber den jungen Menschen, den kommenden Generationen.

Diese Landesregierung macht aber Schulden, ohne neue Impulse für die Zukunft zu geben. Das ist und bleibt unverantwortlich.

(Beifall von der SPD)

NRW muss das soziale Gewissen Deutschlands sein. Dazu gehört die Bildungsfrage. Sie stehen für soziale Kälte. Herr Ministerpräsident, Sie haben als selbst ernannter Arbeiterführer und auch als Johannes-Rau-Kopie längst ausgedient. Den Arbeiterführer können wir jetzt vom Spielplan absetzen, sagt selbst ein maßgeblicher Stratege der NRW-CDU.

Meine Damen und Herren, wir wollen endlich sehen, mit welchen Programmen, mit welchen Inhalten Sie dieses Land voranbringen wollen. Wir freuen uns auf die inhaltliche Auseinandersetzung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Für uns ist völlig klar: NRW muss stärker aus der Krise herauskommen. Sie stehen für Mutlosigkeit und Untätigkeit in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Sie würden gern gemeinsam ein Modell für Deutschland sein, aber Sie sind nur ein abschreckendes Beispiel. Deshalb muss und wird Schwarz-Gelb Berlin erspart bleiben, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)